

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stampel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 8 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Ihre kaiserliche Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Hildegarde

ist am 2. April, Früh um 3 Uhr, nach empfangenen Sterbsakramenten, selig im Herrn entschlafen.

Zum zweiten Male in kurzer Frist hat das Geschick mit rauher Hand in den Kreis der österreichischen und bairischen Regentenfamilie gegriffen; die kaum vernarbte Wunde, die der Tod des Königs Max von Baiern seinen Angehörigen, seinem und dem österreichischen Volke geschlagen, öffnet sich auf's Neue. Nach wenigen Wochen, in der Vollkraft ihrer Jahre und nach kaum tagelanger Krankheit ist die hohe und edle Frau ihrem königlichen Bruder nachgefolgt.

Das Andenken der verbliebenen Fürstin wird den Völkern Oesterreichs stets ein theures bleiben. Sie verehrten in der mit allen Frauentugenden Geschmückten nicht ein Mitglied des Allerhöchsten Kaiserhauses allein, dem sie in dynastischer Treue ergeben sind, sie sahen in ihr die Repräsentantin eines schönen und edlen Familienlebens.

Erzherzogin Hildegarde wurde geboren den 10. Juni 1825, die dritte Tochter Sr. Majestät des Königs Ludwig von Baiern, der jetzt, hochbetagt, am fernen Strande von Algier, binnen wenigen Wochen die Todesnachricht von zwei geliebten Kindern vernimmt. Die hohe Verstorbene vermählte sich am 1. Mai 1844 mit dem Erzherzog Albrecht, und es überleben sie aus ihrer glücklichen Ehe zwei Töchter: die Erzherzoginnen Maria Theresia, geb. den 15. Juli 1845, und Mathilde, geb. den 25. Jänner 1849. Ein Sohn, Karl Albert, geb. den 3. Jänner 1847, starb schon am 19. Juli 1848.

Amtlicher Theil.

Das Justizministerium hat die bei dem Bezirksgerichte in Mattau erledigte Vorkerberstelle dem Bezirksgerichtsadjunkten in Hohenmauth Viktorin Burianek verliehen.

Heute wird in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet:

Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Herzogthum Krain.

V. Stück. Jahrgang 1864.

Inhalts-Übersicht:

5.

Rundmachung der k. k. Steuerdirektion für Krain vom 18. März 1864, Nr. 1234,

betreffend die l. f. Steuern und Gebühren für 1864.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Gesetz- und Verordnungs-Blattes für Krain.

Laibach, am 5. April 1864.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 4. April.

Je näher der Tag rückt, an welchem die Konferenzen beginnen sollen, um so mehr fragt man darnach, was von den beiden deutschen Großmächten für Anforderungen an Dänemark gestellt werden. Sind wir recht unterrichtet, so konzentriert sich die Auffassung der Frage in Berlin wie in Wien in den kühnen und gemeinschaftlichen Sätzen, daß die Integrität der dänischen Monarchie von Europa festgehalten wird, daß die deutsch-dänische Frage eine internationale, aber nicht eine Nationalitätenfrage bilde, daß die zwischen Dänemark und den deutschen Mächten eingegangenen Verbindlichkeiten von 1851 und 1852 nicht mehr ausreichend sind, weil die dänische Regierung selbst den Beweis lieferte, daß die Verbindlichkeiten nicht gehalten oder umgangen wurden, weshalb ausreichende und dauernde Bürgschaften für die Rechte der Herzogthümer gegeben werden müssen; daß ferner der gegenwärtige Besitzstand auf dem Kriegsschauplatz für Europa ein Gegenstand der Berücksichtigung bilden muß, und daß weitere Fortschritte der deutschen Waffen, die zu erwarten sind und beim Zusammentritt der Konferenz schon erfolgt sein dürften, mit ihrer vollen Kraft bei der Beurtheilung der Frage ins Gewicht fallen müssen.

Vom Kriegsschauplatz.

Ein Flensburger Korrespondent der „Nat.-Ztg.“ schreibt unterm 28. März: Der zweite Ostertag, an welchem heute vor 16 Jahren die glorreiche Schlacht bei Schleswig geschlagen ward, ist abermals blutig aufgegangen für die preussischen wie für die dänischen Krieger. Es verlautete seit fünf bis sechs Tagen, daß die beiden Regimenter Nr. 8 und Nr. 18 — ersteres ist bekanntlich das Leibregiment, letzteres besteht aus Posenern und Schlesiern — den ersten Angriff auf die feindlichen Schanzen bei deren Erstürmung unternehmen sollten, und deshalb jetzt die vorgeschobenste Stellung innehielten. Hinter ihnen in den bis gestern noch stehenden Häusern des Dorfes Düppel lag als Reserve das 35. Infanterie-Regiment. In der verfloßenen Nacht wurde nun der Befehl ertheilt, die äußerste Vorpostenlinie bis auf eine Entfernung von 300 Schritt an die feindlichen Werke heranzuschleichen. Man setzte sich in den Besitz dieser Position, ging aber dann auf ein Scheinmanöver der Dänen ein, welche einen fingirten Ausfall auf den linken Flügel der preussischen Stellung machten und, indem sie sich anscheinend den Rückzug abschneiden ließen, die beiden genannten Regimenter dicht an eine der Schanzen heranlockten. Zu spät erkannten letztere, daß dort eine größere feindliche Abtheilung in gedeckter Stellung verborgen lag, und es entspann sich ein blutiges Gemetzel, bei welchem die allzu verwegene vorgegangenen preussischen Truppen ziemlich bedeutende Verluste erlitten. Die Gesamtzahl der Todten und Verwundeten mag etwa 250 betragen. Der Kommandeur des Leibregiments, Oberst v. Greiffenberg, ist gefallen; ebenso zwei andere Offiziere dieses Regiments. Den schwersten Verlust — an 90 Mann — erlitt die 7. Kompagnie des Leibregiments; auch ist ein Zug vom 3. Pionnier-Bataillon in die Hände der Dänen gefallen. Letztere verloren übrigens gleichfalls 62 Gefangene. Während des Gefechtes legte sich auch die Panzerbatterie „Wolf Krake“ in den Wenningbund und beschuß mit Erfolg die preussische rechte Flanke. Das Schiff passirte die preussische Strandbatterie bei Gammelmark im todten Winkel und erhielt einige Schüsse in den Kumpf. Auch das 35. preussische Infanterie-Regiment kam schließlich als Reserve in den Kampf, der gegen 3 Uhr Nachts begann und erst nach 7 Uhr Morgens beendigt war. Sämmtliche Häuser des Dorfes Düppel und mehrere Höfe in Satrup sind abgebrannt.

Aus dem Landtage.

Laibach, 3. April.

In der gestrigen Samstagsitzung unseres Landtages wurde die Verhandlung über den Rechenschaftsbericht des Landes-Ausschusses zu Ende geführt. Dabei kam auch die Realschulangelegenheit zur Sprache und rief eine lange Debatte hervor, die aber durchaus keinen erfreulichen Eindruck machte, denn sie zeigte, wie wenig Eifer der Landes-Ausschuß für eine so wichtige Angelegenheit entwickelt hatte. Die Aufklärungen, welche der Referent für Unterricht, Dr. Bleiweis, gab, gingen nicht weiter, als die Mittheilungen im Rechenschaftsberichte, und die Vorwürfe, welche von den Abgeordneten Deschmann, Kromer und v. Apfaltrern dem Landes-Ausschusse darüber gemacht wurden, daß die vorjährigen Landtagsbeschlüsse nicht vollständig ausgeführt worden, waren ganz gerecht.

Seit länger als einem halben Decennium ist die Frage wegen Errichtung einer Oberrealschule eine brennende für unser Land. Mit der größten Einstimmigkeit wird diese Lehranstalt als hochwichtig für die industrielle Entwicklung Krains erklärt. Der Landtag spricht sich für die Nothwendigkeit der Errichtung aus, will die Kosten zu zwei Dritttheilen tragen, während die Commune Laibach ein Drittel übernimmt. Zugleich wird die Gemeindevertretung aufgefordert, für die provisorische Unterbringung des ersten Jahrganges Sorge zu tragen.

Das ist auch geschehen; die Regierung hat die Dotation der Lehrer aus dem Studienfonde bewilligt, und nun war es Aufgabe des Landes-Ausschusses, jene Beschlüsse des Landtages zur Ausführung zu bringen, welche die genügende Unterbringung der ganzen Lehranstalt bezweckten. Allein hier wird die Thätigkeit des Landes-Ausschusses mehr als lau, sie wird eine verfehlte. Anstatt bezüglich der Beschaffung einer Lokalität durch Pacht, Zubau zum Lycalgebäude oder gänzlichem Neubau bestimmte Anträge vorzulegen, wird das Ansuchen an die Regierung gestellt, die Normalschule aus dem Schulgebäude zu entfernen, um Platz für die Realschule zu gewinnen, ohne zu bedenken, daß dann die Frage wegen Unterbringung der Normalschule neue Verlegenheiten hervorrufen wird. Es ist fast, als ob man mit Vorbedacht diesen Weg eingeschlagen habe, um die Angelegenheit zu verschleppen. Denn, daß das Ansuchen an die Regierung keine Beachtung finden konnte, wird jeder Verständige zugestehen müssen. Ueberdies soll, wie uns erzählt wird, von dem Comité, das am 15. November 1863 über die Unterbringung der Realschule berieth, ein förmlicher Beschluß bezüglich der Dislokation der

Normalschule gar nicht gefaßt worden sein. Um so feltamer erscheint uns der Vorgang.

Während das Spital als Schooßkind betrachtet und so viel für dasselbe gethan wird, daß sogar eine Ueberschreitung des Voranschlags stattfindet, wird die Realschule als Aschenbrödel behandelt und für die Unterbringung derselben so ärmlich gesorgt, daß sich die Regierung veranlaßt sieht zu erklären, sie müsse unter solchen Umständen ihre Beiträge versagen. Freilich war für die Realschule kein außerhalb des Landesauschusses stehender Agitator in so eifriger Weise thätig, wie für das Spital; sie hat, wie überhaupt der Unterricht, keinen energischen Vertreter im Landesauschusse. Das ist bedauerlich, aber es ist so. Wie ganz anders ist es in andern Kronländern, z. B. in Niederösterreich bestellt; wie besorgt ist der dortige Landesauschuß für Schulen und Lehranstalten, für das Unterrichtswesen überhaupt; wie wenig Scheu hat man dort vor den Kosten, wenn es sich darum handelt, dem Volke die Mittel zur geistigen Ausbildung zu bieten. Man lese nur die Verhandlungen des niederösterreichischen Landtages, und man wird sagen müssen, daß derselbe seine Aufgabe begriffen hat.

Es ist anerkennenswerth, daß unser Landtag darauf bestand, bestimmte, die Unterbringung der Realschule betreffende Anträge noch in der heurigen Session vorgelegt zu erhalten, und den Zusatzantrag des Abg. Loman ablehnte, welcher nur ein Hinterbüttchen für den Landesauschuß bot, sich der Aufgabe zu entziehen. Hoffen wir, daß diese wichtige Angelegenheit heuer noch zu einem endgiltigen, günstigen Abschluß gebracht wird.

12. Sitzung des krainischen Landtages

am 2. April.

Die Sitzung beginnt um 10^{1/2} Uhr. Vorsitzender: Herr Landeshauptmann Baron Codelli. Regierungsvertreter: Se. Excellenz der Herr Statthalter Freiherr v. Schloßnigg.

Nach Verlesung des Protokolls wird in der Berathung über die Antragsanträge bezüglich des Rechenschaftsberichtes fortgefahren.

Der elfte Antrag lautet:

„Der hohe Landtag wolle den vom Landesauschusse ausgesprochenen Dank für die vom hohen Aerar aufgelaufenen Ansprüche auf Vergütung der Kosten für die im Interesse der Landschaft besorgten buchhalterischen und Kassageschäfte zum Beschlusse des Hauses erheben und den Landesauschuß beauftragen, diesen Dank des Landtages der hohen Regierung mitzutheilen.“

Wird ohne Debatte angenommen.

Der zwölfte Antrag lautet:

„Der hohe Landtag wolle den Landesauschuß beauftragen, noch im Laufe dieser Session die Nachweisung über die Ausführung der in der 25. Sitzung der 2. Session am 13. März 1863 gefaßten Beschlüsse nachzutragen und bezüglich der Unterbringung und Aktivierung der Oberrealschule im Sinne jener Beschlüsse bestimmte Anträge vor das Haus zu bringen.“

Berichterstatter Abg. v. Apfaltrern bemerkt in seiner Motivierung, der Landesauschuß habe in dieser Angelegenheit nichts Ernstliches gethan, es sei kein praktischer Erfolg ersichtlich. Namentlich sei in Bezug der Ausführung der Beschlüsse des Landtages im Sinne der Guttman'schen Anträge vom vorigen Jahre nichts geschehen. Der Rechenschaftsbericht ergehe sich nur in allgemeinen Sätzen. Es müssen aber Schritte geschehen, damit der Fortbestand der Oberrealschule gesichert werde. Der Ausschuß könne keine bestimmten Vorschläge machen, er habe deshalb obigen Antrag gestellt.

Präsident theilt im Namen des Landesauschusses mit, daß ein vollständiger Bericht sogleich gegeben werden könne.

Das Haus beschließt, ihn entgegen zu nehmen.

Abg. Bleiweiß, als Referent für den Unterricht, theilt nun den Verlauf der ganzen Realschulangelegenheit mit, und sagt, der Landesauschuß habe sich ernstlich bemüht, die Beschlüsse des Landtages auszuführen. Allein die Bewilligung der Oberrealschule sei erst am 15. Oktober v. J. gelangt, worauf dann die Lokalitäten durch Aufnahme eines Lehrzimmers in der Handelslehranstalt des Hrn. Wahr gegen einen Mietzins von 300 fl. beschafft wurden. Im November habe eine Sitzung des Landesauschusses unter Zuziehung einiger Gemeinderäthe stattgefunden, und habe man die Dislozierung der Normalschule aus dem der Landschaft gehörigen Schulgebäude anzustreben beschlossen. Hiergegen aber habe die Regierung Anstände erhoben; trotzdem sei ein günstiger Ausgang noch zu hoffen. Ein Hinderniß sei indeß auch in der Unterhandlung mit der Realschuldirektion entstanden, die jetzt 37 Zimmer beansprucht, während der frühere Direktor Schvedar nur 15 begehrt habe. Der Landesauschuß habe die

Sache ernstlich betrieben, sich aber vor Ueberschreitung gehütet. Sei auch kein Haus gebaut worden, was in 4 Wintermonaten ohnedieß nicht möglich gewesen wäre, so sei doch gesorgt, daß nun auch die fünfte Klasse eröffnet werden kann. Besondere Anträge hätten nicht gestellt werden können, daher bitte er, den Bericht einfach zur Kenntniß zu nehmen.

Abg. Guttman glaubt zwar, daß der Landesauschuß sein Möglichstes gethan habe, allein die interimistische Unterbringung der Schule sei eine ungenügende, namentlich in Hinblick auf die nahe Eröffnung der dritten Oberrealklasse, weshalb er sich für den Antragsantrag erklärt.

Abg. Deschmann erwähnt, wie frisch der vorjährige Beschluß gelauret, und wie matt die Ausführung sei. Der Landesauschuß habe einen langsamen bürokratischen Weg eingeschlagen, anstatt thätig vorzugehen. Das Land begehre aber nach Thaten, diese heben in seinen Augen den Werth der Vertretung. Er bedauere den Beschluß bezüglich der Entfernung der Normalschule aus dem Lycealgebäude, weil er den Beschlüssen des Landtages widerspreche, und weil man dadurch nur eine neue Verlegenheit, die der Unterbringung der Normalschule, schaffe. Die Regierung könne darauf hin nicht glauben, daß es dem Lande Ernst mit der Realschule sei. Die Beschlusfassung in der Comitésitzung sei auf die Angabe des Referenten hin erfolgt, daß die Landschaft der Hausherr im Lycealgebäude sei. Für diese Angabe und die daran geknüpfte Schlussfolgerung trage der Referent die Verantwortung, denn in Folge derselben sei die Verschleppung geschehen. Der Landesauschuß habe die richtigen Wege nicht eingeschlagen, er habe aber besonders die Beschlüsse des Hauses in Bezug auf die Guttman'schen Anträge nicht beachtet, in denen auf freiwillige Beiträge hingedeutet sei. In Kärnten habe man durch solche Beiträge viel geleistet, und in Krain sei nicht weniger Patriotismus. Er stimme für den Antragsantrag.

Abg. v. Strahl weist den Vorwurf des bürokratischen Vorgehens zurück, und bemerkt, der Hauptgrund, warum nicht mehr geschehen, sei im Mangel an Geld zu suchen. Wenn ein Kapital von 50—60.000 fl. zur Verfügung gestellt worden wäre, dann hätte mehr gethan werden können. Die Kommune Laibach habe sich auch nicht willig gezeigt, ihre Quote zu zahlen und die Untersuchung über die Rechte der Landschaft bezüglich des Schulgebäudes hätte auch erst ein positives Ergebnis liefern müssen. Es sei ja auch Beschluß des vorjährigen Landtages, die Realschule wo möglich in das Lycealgebäude zu bringen.

Abg. Ambrosch spricht im gleichen Sinne; der Landesauschuß sei in einer üblen Lage, bald thue er zu viel, wie bezüglich der Wohlthätigkeitsanstalten, bald zu wenig, wie in der Realschulangelegenheit. Die Kommune habe in der letzten Zeit große Ausgaben für Schulen geleistet, ihr sei ein langsamer Gang recht. Freiwillige Beiträge seien präfer.

Se. Excellenz der Herr Statthalter ergreift das Wort, um in der so wichtigen Angelegenheit auf den Umstand hinzuweisen, daß in dem Rechenschaftsbericht die imminente Dringlichkeit gar nicht betont sei. Die Verhütung, daß für die Unterbringung der vierten und fünften Klasse genügend gesorgt sei, könne er nicht theilen, da die Lokalitäten, z. B. zum Zeichenunterrichte, nicht entsprechen; bei Aktivierung der sechsten Klasse werden noch mehr Bedürfnisse hervorreten. Die Erklärung des Ministeriums, die Beiträge für die Dotation der Lehrer zurückziehen zu wollen, wenn nicht entsprechender gesorgt werde, sei keine Drohung; nur für einen zweckentsprechenden Unterricht könne der Staatsschatz Opfer bringen und Beiträge leisten; damit der Unterricht dem Zwecke entspreche, müssen die Unterrichtsmittel genügen. Man bedenke, daß, einerlei ob ein Neubau oder ein Zubau geschehe, darüber wenigstens 3 Jahre verstreichen. Für diese Zeit muß jetzt eine genügende Unterbringung geschafft werden. Ueber die an die Regierung gerichtete Note wegen Räumung der Normalschullokaltäten wolle er hier nichts sagen; wenn aber die Antwort spät erfolgt sei, so sei es geschehen, weil die Regierung mit aller Besonnenheit die verhängliche Zuschrift behandelt habe. Die Zweifel über die Berechtigung der Normalschule schiene ihm nicht groß. Uebrigens wäre es gut, wenn der Landesauschuß mehr im Einvernehmen mit der Regierung vorgehe. Die Regierung gedenke nicht dabei imperativ einzuschreiten, sondern nur zu rathen und Hindernisse zu beseitigen, welche der Thätigkeit des Landesauschusses sich entgegenstellen. Excellenz schlägt hierauf vor einen Zusatz, die provisorische, genügende Unterbringung der Schule betreffend, in den Antragsantrag aufzunehmen.

Abg. Kromer will als Ausschusmitglied aus den Akten erschen haben, daß ein Zubau oder eine Erweiterung des Schulgebäudes nicht in Aussicht stehe. Berechtigt, im Schulgebäude zu sein, wären das Gymnasium, die Normalschule, das Museum, die Bibliothek; die Berechtigung der Realschule sei noch

zweifelhaft. Diese Frage müsse erst erledigt werden, bevor ein Zubau unternommen werde. Aber da die jetzige Realschule ungenügend untergebracht sei, so müsse besser dafür gesorgt werden. Dieß sei die Aufgabe des Landesauschusses. Im Falle die Berechtigungsfrage verneinend beantwortet werde, so müsse man ein Lokale pachten, oder neu bauen. Die Mittel müssen aufgebracht werden, denn die Nothwendigkeit einer vollständigen Realschule sei vom Landtage ausgesprochen. Er stimme für den Ausschus Antrag.

Abg. Deschmann entgegnet dem Abg. v. Strahl, er habe seine Aeußerung mißverstanden. Er (Redner) habe gemeint, der Landesauschuß hätte mit bestimmten Anträgen, Plänen, Kostenvoranschlägen u. vor das Haus treten sollen, dann hätte dieses darüber debattirt. Für das Spital habe sich der Landesauschuß förmlich begeistert, für die Realschule habe er Laune entwickelt. Da die Beschlüsse des Hauses in Betreff der Guttman'schen Anträge nicht ausgeführt wurden, so stehe man heute noch dort, wo man im vorigen Jahre gestanden, und hieran sei vorzüglich die lange bürokratische Manipulation Schuld.

Abg. Bleiweiß bleibt dabei, der Landesauschuß habe gethan, was möglich war, und bezieht sich auf die Worte des Abg. Guttman, welche dieß auch bestätigen. Das Schulgebäude sei Eigenthum der Landschaft; eine solche Ausbreitung des Gymnasiums, daß dadurch andere Schulen beeinträchtigt werden, hätte man bei der Widmung des Gebäudes nicht vorausgesehen. Die Oberrealschule sei allerdings ärmlich untergebracht, aber in Wien gebe es auch Schulen, die nicht besser daran sind. Er könne auch nicht verschweigen, wie wenig die Regierung für die Erhaltung des Schulgebäudes thue, und weist auf den Fall im letzten Winter hin, wo wegen der durch Thüren und Fenster eindringenden Kälte einige Klassen auf ein Paar Tage geschlossen werden mußten. Auch für die Gebäude der Wohlthätigkeitsanstalten habe die Regierung früher nichts gethan. Sie werde daher auch jetzt Geduld haben. Schließlich bemerkt er, daß die Eröffnung der dritten Klasse noch nicht vor der Thüre stehe, und daß der Landtag bis dahin noch Rath schaffen werde.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Kromer, dahin gehend, daß die Geldfrage jetzt nicht mehr am Plage sei, ergreift

Se. Excellenz der Herr Statthalter noch einmal das Wort, um unter dem Beifall des Hauses die Bemerkung des Abg. Bleiweiß zu widerlegen, als ob die verschiedenen Lehranstalten eine Gegenüberstellung zu einander einnähmen. Auch aus der, der Regierung zugesendeten Note gehe diese Anschauung hervor; dieselbe hätte leicht zu sehr unangenehmen Konsequenzen führen können. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf frühere Zustände hinzuweisen, wie Abg. Bleiweiß bezüglich der Wohlthätigkeitsanstalten gethan, hiezu sei nicht der Zeitpunkt da; frühere Zustände sollten weder ein Vorbild, noch eine Entschuldigung für das Jetzt bilden. Der erwähnte Fall im Gymnasium sei allerdings vorgekommen; aber gerade die Regierung habe, so wie sie zur Kenntniß desselben gelangt, sofort dem Uebelstande abhelfen lassen. Werde eine gute provisorische Unterbringung der Realschule in Aussicht gestellt, so sei er zufrieden.

Abg. Bleiweiß entschuldigt sich, er habe das, was er bezüglich der Lehranstalten gesagt, nicht so gemeint.

Abg. v. Apfaltrern als Berichterstatter sagt, die lebhafteste Debatte bekunde das Interesse des Hauses an der so wichtigen Angelegenheit, und die Zeit, welche dieselbe in Anspruch nahm, sei keine verlorene, denn sie habe Klarheit herbeigeführt. Man wisse nun, ob der ganze Antrag des Ausschusses, oder nur ein Theil desselben aufrecht erhalten zu bleiben habe. Was Abg. Bleiweiß mitgetheilt, ist nichts Neues, es ist schon im Rechenschaftsbericht enthalten. Die Beschlüsse des Hauses sind nicht vollständig ausgeführt. Der Landesauschuß hat die lange Zeit bis zum Oktober nicht benützt, um die nöthigen Vorbereitungen zur Unterbringung zu treffen, sich über die Rechtsverhältnisse bezüglich des Schulgebäudes zu informieren u. Das sind alles Unterlassungsünden. In Folge des Berichtes des Referenten Bleiweiß mache er nun den Vorschlag, den Antragsantrag zu modifiziren. Die Hauptaufgabe der praktischen Unterbringung der Schule ist geblieben. Er schlage folgende Fassung des Antrags vor: „Der hohe Landtag wolle den Landesauschuß beauftragen, bezüglich der Unterbringung und Aktivierung der Oberrealschule im Sinne der in der 25. Sitzung der 2. Session am 13. März 1863 gefaßten Beschlüsse, bestimmte Anträge noch im Laufe der Session vor das Haus zu bringen.“

Abg. Loman will, daß die Worte „wenn möglich“ hinzugefügt werden.

Abg. v. Apfaltrern spricht sich dagegen aus; das Material liege vor, es sei ein Bräutes, Anträge einzubringen. Das Interesse des Landes erheische es. Der modifizierte Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Oesterreich.

Wien. Se. Heiligkeit der Paps haben auf die Nachricht der schweren Erkrankung Ihrer P. Hobeit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Hildegard auf telegraphischem Wege seinen apostolischen Segen zu übersenden geruht.

Triest, 31. März. Die Panzer-Fregatte „Don Juan d' Austria“ begibt sich Anfangs nächster Woche zum Geschwader in die Nordsee.

— 1. April. Aus Cairo 20. März wird gemeldet: Der Aufstand in Yemen ist so gut wie beendet.

— 2. April. Der Empfang der mexikanischen Deputation findet wahrscheinlich am Montag statt, am Dienstag und Mittwoch der Empfang der Deputationen aus den Küstenstädten.

Innsbruck, 31. März. Heute um 10 Uhr Vormittags hat die feierliche Eröffnung des tirolischen Landtages stattgefunden.

Krakau, 30. März. Gestern wurde wieder eine strenge Hausuntersuchung bei einer, den hiesigen besseren Kreisen angehörigen Dame, der Frau Zakaszewska, vorgenommen, und dieselbe hierauf nebst einem bei derselben wohnenden Fräulein Wielowiejska verhaftet. Der Gemal der Frau Zakaszewska ist bereits vor längerer Zeit arretirt worden. Man dürfte aber nicht irren, wenn man dieß jüngste Ereigniß mit der vor einigen Tagen gemeldeten Verhaftung der Gräfinnen Ostrowska und Wodzicka in Zusammenhang bringt.

Zara, 27. März. Die bereits in der zweiten Session des dalmatinischen Landtages bestellte Kommission zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes wegen Gleichstellung der beiden Landessprachen, bestehend aus drei Mitgliedern der italienischen und zwei der slavischen Partei, hat sich durch wechselseitige Konzeption geeinigt, und wird gleich nach den Osterfeiertagen das bezügliche Elaborat dem Plenum des Landtages vorlegen. Danach sollen die Gemeindevertretungen über die Unterrichtssprache in den Elementarschulen zu entscheiden haben, in den Gymnasien aber ein Gegenstand, womöglich Geschichte oder Geographie, und in der Theologie die Pastoral slavisch zu tradiren sein. Die Eingaben an die Behörden dürfen überall auch slavisch verfaßt, von den Behörden aber nur über, jedem einzelnen Beamten von Seite des Ober-Landesgerichts zu ertheilende Bewilligung slavisch erledigt werden. Auswärtige Kompetenten um eine Anstellung in Dalmatien müssen sich einer Prüfung aus der südslavischen Sprache vor einer eigenen Kommission unterziehen.

Ausland.

München, 31. März. Ein königliches Handschreiben dankt der Bevölkerung für die während der Krankheit und beim Tode des Königs bewiesene Treue und Anhänglichkeit. Es erkennt darin die sprechendste Mahnung, dem hochseligen Könige in allen jenen Regententugenden nachzustreben, deren verfassungsmäßige Uebung ihm die ungeheuchelte, ungetheilte Liebe des Landes gewonnen hat.

Berlin, 1. April. Die heutige „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

„Die Annahme der Konferenz von Seite Preußens ist von der Erklärung begleitet, die Lösung müsse auf einer anderen Basis als jener der Verträge von 1852 gesucht und der Nationalitätsfrage befriedigende Rechnung getragen werden. Die Bundesregierungen sind durch preussische und österreichische Zirkularepischen zur Konferenz besonders eingeladen worden. Die Theilnahme des Bundes sei sehr wahrscheinlich.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ empfiehlt, den Herzogthümern die Frage vorzulegen, ob sie deutsch oder dänisch sein wollen.

— 1. April. Der heutige „Staatsanzeiger“ berichtet: In der Nacht vom 29. auf den 30. wurde gegen die Düppeler Schanzen die erste Parallele eröffnet. Die Arbeit, vom Feinde unentdeckt, wurde ohne Störung durch 2500 Mann der Brigade Cannstein, gedeckt durch zwei Bataillone der Brigade Goeben, ausgeführt. Am 30. Morgens fielen von den Schanzen einige Schüsse gegen die ausgeführten Arbeiten.

— Einem Kopenhagener Briefe der „Hamburger Nachrichten“ zufolge steht die Einberufung des Reichsrathes baldigst bevor. Demselben soll dem Vernehmen nach die Ermächtigung zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung aberlangt werden, welcher die Entscheidung in der Verfassungsfrage anheimzugeben wäre.

Der König ist am 30. zurückgekehrt und hielt am 31. Vormittags eine geheime Staatsrathssitzung ab. Die bisherig bekannten Landthingswahlen zeigen eine Mehrheit der gemäßigten Nationalpartei.

Der Oberpräsident Rosen und der gesammte Magistrat von Flensburg wurden entlassen. Für Flensburg und wahrscheinlich auch andere Städte

dürfte eine Ausschreibung einer außerordentlichen Kriegsteuer erfolgen.

St. Petersburg, 31. März. Heute hat zur Feier des 50. Jahrestages des Einzuges der Wittren in Paris eine Revue der Garde vor dem Monumente des Kaisers Alexander I. stattgefunden.

Ein Artikel des „Russischen Invaliden“ sagt: Jede Nation hat ihre eigene Art, glorreiche Erinnerungen zu verewigen. In Frankreich und England tragen Monumente, Straßen und Brücken die Namen der erfochtenen Siege, in Rußland leben die Heldenthaten der Voreltern in den Herzen fort; die Jahrestage werden durch Revuen gefeiert.

Warschau, 27. März. Es wird versichert, daß seit einigen Tagen sämtliche Mitglieder der höchsten Behörden der National-Regierung in den Händen der kriegsgerichtlichen Untersuchungs-Kommission sich befinden. Eines dieser Mitglieder meldete sich, wie als authentisch erzählt wird, dem Ober-Polizeimeister und erklärte sich bereit, seine Kollegen anzugeben, wenn ihm zugesichert werde, daß dieselben keine schwerere Strafe als Deportation treffen werde. Als er hierüber genügend versichert zu sein glaubte, nannte er die Namen von noch acht Männern, die alle dem Beamtenstande angehören, gab den Ort an, wo sie sich zu versammeln pflegten, und wies ein Haus nach, in dessen Thor ein Briefkasten sich befand, zu dem ein jedes der Mitglieder einen Schlüssel hatte, vermittelst dessen es den Kasten zu jeder beliebigen Zeit öffnen und die für sich bestimmten Schriftstücke herausnehmen konnte. Dieses Mittel soll die jetzt so erschwerte Kommunikation beträchtlich erleichtert haben. Alle diese Personen sind nunmehr in der Zitaßelle, und sonach wäre die Revolution an der Wurzel abge schnitten. Wenn die Sache sich so verhält, so werden wir gewiß sehr bald durch den „Dziennik“ Näheres darüber erfahren.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 5. April.

Die fünfte Serie der Sattler'schen Kosmoramen ist nur noch wenige Tage zu sehen, worauf wir Freunde derselben aufmerksam machen.

— Die Sicherheitsbehörde in Triest hat bei einem Schneider und Hauseigentümer, von welchem gerüchweise verlautete, daß er seinen einzigen 10 Jahre alten Sohn unter schweren Mißhandlungen in einem Dachstübchen vergeschlossen halte, eine Haussuchung vorgenommen. Man fand den Knaben in einer Ecke des erwähnten Stübchens in einem mittelst eines Vorlegeschloßes versperrten Koffer. Der Körper des Unglücklichen war in einem erbarmungswürdigen Zustande; zahlreiche Spuren von den mehrmal des Tages durch den Vater und die Stiefmutter erlittenen Mißhandlungen waren sichtbar, die Füße steif, die Knie eingebogen, kurz derselbe war einem Leichnam ähnlich. Das Kind soll durch zwei Wochen mit kärglicher Nahrung und unter fortgesetzten Mißhandlungen in dem Koffer verschlossen gehalten worden sein; es wurde zur Pflege in das allgemeine Krankenhaus geschafft; gegen die unnatürlichen Eltern wurde die Strafamtshandlung eingeleitet.

Wiener Nachrichten.

Wien, 3. April.

Se. P. Hobeit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Albrecht haben aus Anlaß des betrübenden Ablebens Höchstseiner Gemalin, der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Hildegard, dem Bürgermeister der Stadt Wien den Betrag von 2000 fl. zur Vertheilung an verschämte arme Familien gnädigst übergeben lassen.

— Herzog della Grazia, Gemal der Herzogin von Berry, ist in der Nacht zum Samstag in Brunnsee gestorben.

— Bei der am 1. April stattgehabten Verlosung der alten Staatsschuld wurden die Serien 232 und 280 gezogen. — Bei der Verlosung der Mailänder Obligationen wurde die Serie 280 gezogen. — Bei der Verlosung des Anlehens vom Jahre 1854 wurden die Serien 840 und 1415 gezogen. Darauf entfallen folgende Treffer: Serie 840 Nr. 19 gewinnt 170.000 fl., Nr. 1415, Nr. 3 gewinnt 20.000 fl. Die übrigen gezogenen Nummern gewinnen je 300 fl. — Bei der am 1. April stattgehabten Verlosung der Kreditlose wurden folgende Serien gezogen: Ser. 2003, 3439, 1671, 1943, 3516, 3760, 211, 2361, 3173, 1047, 2007, 2015, 893, 2869, 372, 4182, 2984, 2899, 1362. Auf diese Serien entfallen folgende Treffer: Ser. 3760 Nr. 53 gewinnt 200.000 fl., Ser. 4182 Nr. 76 gewinnt 40.000 fl., Ser. 1047 Nr. 83 gew. 20.000 fl., Ser. 372 Nr. 91, Ser. 2003 Nr. 89 gewinnen je 5000 fl., Ser. 1047 Nr. 16, Ser. 211 Nr. 3 gew. je 2000 fl., Ser. 2361 Nr. 50, Ser. 1362 Nr. 2, Ser. 2361 Nr. 93 gew. je 1500 fl., Ser. 3516 Nr. 55, Ser. 2003 Nr. 93, Ser. 2003 Nr. 92, Ser. 3173 Nr. 39, Ser. 372 Nr. 15 ge-

Der Loman'sche Zusatz wird abgelehnt.

Es kommt nun der dreizehnte Ausschlußantrag zur Berathung. Derselbe lautet:

„Der hohe Landtag wolle dem Landesauschusse für die rechtzeitige Abwehr des ungegründeten Anspruchs auf Entrichtung eines Gehühren-Aequivaleutes für den Bestand des Landesmuseums die volle Zustimmung aussprechen.“

Abg. v. U p f a l t r e r n, als Berichterstatter, bemerkt, es sei ein Resultat der höheren Finanzkunst, in den vergilbten Bänden und anderen Gegenständen des Museums ein neues Kalifornien entdeckt zu haben. Dieß sei der Finanzbehörde in Laibach gelungen. Die Forscher, welche ihre Beiträge dem Museum unentgeltlich sendeten, hätten gewiß nicht gedacht, daß sie damit ein neues Steuerobjekt schaffen würden. Der Landesauschuß verdiene wohl den Dank des Hauses, daß er der Zumuthung der Finanzbehörde entgegengetreten.

Wird angenommen.

Der vierzehnte Ausschlußantrag lautet:

„Der hohe Landtag wolle den Landesauschuß anweisen, die Uebergabe des Landeskulturfondes mit eingehender Darstellung seiner Entstehung und gesetzlichen Widmung unter Berufung auf die Landesordnung neuerlich zu reklamiren.“

Wird angenommen.

Der 15. Ausschlußantrag betrifft das Zwangs-Arbeitshaus. Die Frage wegen der Uebernahme ist noch unerledigt. Da in dem Nachweise über die Regie einige Punkte nicht aufgeklärt sind, so lautet der Ausschlußantrag dahin:

„Der hohe Landtag wolle den Landesauschuß mit der genauen Erhebung beauftragen:

- a) auf wessen Veranlassung, aus welchem Fonde, mit welchem Kostenaufwande, und unter welchen wesentlichen — insbesondere die Aufnahme und die Regiekosten betreffenden Verpflichtungen die hiesige Zwangsarbeitsanstalt errichtet wurde;
- b) welche Anzahl Häftlinge seither alljährlich in dieser Anstalt unterbracht, in welchem Zahlenverhältnisse sie insbesondere für die krainischen, dann für die detenirten anderer Kronländer jedes Jahr in Anspruch genommen, welche Gesamtregie hiedurch verursacht, und welcher Zuschuß über die eigenen Erträgnisse aus dem Landesfonde bisher alljährlich gezahlt wurde;
- c) auf Grund dieser Erhebungen ethunlich Bericht zu erstatten, ob diese Anstalt noch forthin auf Landeskosten zu erhalten, oder ob und unter welchen Bedingungen mit Rücksicht auf die derzeitige Widmung deren Uebernahme in die Reichsregie anzustreben sei; endlich
- d) über die laut Mittheilung der P. P. Landesregierung vom 8. März l. J., Z. 206, derzeit anhängige Verhandlung, betreffend die Anweisung der Pension für den Herrn Verwalter Johann v. Maitti aus dem krainischen Landesfonde, mit Bedachtnahme auf seine bisherige Dienstleistung, dann auf den Grund und Zeitpunkt der Ueberweisung seiner Besoldung auf den Landesfond — binnen 14 Tagen abgeordneten Bericht vorzulegen.“

In der Begründung bemerkt der Berichterstatter, daß, wenn die Regierung durchaus auf dem Rechte der Ernennung des Verwalters beharre, so sei es zweckmäßiger, die Anstalt gänzlich in die Regie des Staates über, und würden die Kosten auf das Reichsbudget genommen. Die in Aussicht stehende Pensionirung des jetzigen Verwalters Maitti, nachdem derselbe erst wenige Jahre an der Anstalt angeheftet, sei eine ungerechtfertigte Belastung des Landesfondes. Der Ausschuß sei darum nicht im Stande gewesen, bestimmte Anträge zu stellen.

Der Ausschlußantrag wird angenommen.

Abg. L o m a n bemerkt, daß der Rechenschaftsbericht einen Gegenstand nicht berühre, nämlich das Testament des verstorbenen Fürbischöfs Wolf, betreffend die Vollendung des slovenischen Wörterbuches. Er stellt den Antrag, den hohen Landesauschuß zu beauftragen, Bericht über die Schritte zu erstatten, die er gethan habe, um das Erscheinen des slovenischen Wörterbuches im Sinne des Testaments zu veranlassen.

Abg. B l e i w e i ß berichtet, was in dieser Beziehung geschehen ist, und bemerkt, daß ein weiterer Schritt nicht gethan werden könne, bis die Regelung des Nachlasses beendet sei.

Abg. L o m a n ist hiermit nicht zufrieden, und beharrt auf seinem Antrage.

Derselbe wird angenommen.

Der 16. und letzte Ausschlußantrag lautet:

„Der hohe Landtag wolle die unverdroffene Thätigkeit und den regen Eifer des Landesauschusses für die ersprießliche Förderung der ihm anvertrauten Landesinteressen dankbar anerkennen.“

Wird ohne Debatte angenommen.

Schluß der Sitzung. Nächste Sitzung Dienstag. Tagesordnung: Voranschlag des ständischen Fonds, und Bericht über die Ueberbauerschule und Hufbeschlag-Anstalt.

winnen je 1000 fl., Se. 3516 Nr. 37, Se. 3173 Nr. 30, Se. 1047 Nr. 37, Se. 2984 Nr. 93, Se. 1943 Nr. 68, Se. 3439 Nr. 68, Se. 2899 Nr. 40, Se. 1362 Nr. 99, Se. 1943 Nr. 28, Se. 1671 Nr. 42, Se. 3439 Nr. 37, Se. 1943 Nr. 32, Se. 1362 Nr. 73, Se. 372 Nr. 29, Se. 3439 Nr. 52, Se. 2984 Nr. 43, Se. 2015 Nr. 1, Se. 1047 Nr. 56, Se. 2984 Nr. 82, Se. 1362 Nr. 64, Se. 2984 Nr. 83, Se. 2984 Nr. 32, Se. 2984 Nr. 94, Se. 2361 Nr. 43, Se. 893 Nr. 45, Se. 3760 Nr. 44, Se. 2869 Nr. 15, Se. 2869 Nr. 60, Se. 3516 Nr. 59, Se. 1362 Nr. 26, Se. 2984 Nr. 55, Se. 2007 Nr. 31, Se. 1671 Nr. 84, Se. 3760 Nr. 65, Se. 2899 Nr. 92 gewinnen je 400 fl.

Telegraphische Landtagsberichte

vom 1. April.

Einj. Die Statuten betreffs einer Brandschadenversicherung wurden zu Ende beraten. Der Bericht des Landesauschusses über Ansprüche des Aarers an die Landschaft und umgekehrt wird dem Finanz-Comite zugewiesen. Nächste Sitzung am 5. April.

Prag. An der Tagesordnung: Gemeindegesez. Ueber den Antrag der Minorität in der Kommission, welche die Ausschreibung des großen Grundbesizes verlangt, entstand eine lange lebhafteste Debatte, in welcher der Referent der Majorität Taschek, dann Brinz, Brauner und Stadkowsky unter lebhaftem Beifall des Hauses gegen, der Referent der Minorität, Graf Glam-Martiniq, dann Graf Leo Thun, Fürst Carlos Auersperg und Graf Albert Kottig für die Ausschreibung sprachen. Der Antrag Brauner's über das Minoritätsgutachten zur Tagesordnung überzugeben, wurde in namentlicher Abstimmung mit 127 gegen 70 Stimmen angenommen. Dem Statthalter Freiherrn v. Kellersperg wurde der angesuchte 14tägige Urlaub nicht bewilligt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 5. April. Aus Kolding wird vom 6. Armeekorps gemeldet, daß bei Streifungen bis Barde sich kein Feind zeigte. Aus Gravenstein wird berichtet, daß die Beschie-

ßung wieder aufgenommen wurde. Dänemark soll auf der Basis von 1851 und 1852 bestehen.

Hannover, 2. April. Das Finanzministerium macht bekannt, daß das österreichische Geschwader, zum Schutze der deutschen Handelsflagge bestimmt, befehligt worden sei, seine Operationen auch auf die Nordsee auszudehnen.

Altona, 2. April. Der hier erscheinende „Merkur“ meldet aus Rendsburg, 1. April:

„In Schleswig soll im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz demnächst eine Versammlung Delegirter aus verschiedenen Gegenden des Herzogthums stattfinden, welcher folgende Erklärung vorgelegt wird: Seit dem Tode Friedrichs VII. sind die Herzogthümer Schleswig und Holstein selbstständige Länder und nur ihrem rechtmäßigen Fürsten Friedrich VIII. Gehorsam schuldig; sie erklären den Konferenzmächten gegenüber, daß sie sich zu der Forderung berechtigt halten, es solle keine definitive Entscheidung über sie gefällt werden ohne ihre Zustimmung.“

Paris, 1. April. Der „Konstitutionnel“ konstatiert die Schwierigkeiten, die Herzogthümerfrage angesichts der Verschiedenheit der Ansprüche zu lösen. Er sagt, Frankreich würde einer Konferenz nicht zustimmen, welche es auf sich genommen, über das Schicksal der Herzogthümer sich auszusprechen, sei es, indem sie dieselben zwischen diesen oder jenen Mächten theilen würde. Die einzige mögliche Lösung wäre, ihre Bevölkerung zu befragen, welche Regierung und welchen Souverain sie haben wollen. Diese Lösung, den Prinzipien der kaiserlichen Regierung entsprechend, würde die billigste sein. Sie allein vermag der europäischen Ordnung und dem allgemeinen Frieden ernste und dauerhafte Garantien zu geben.

London, 2. April. Die Fortsetzung des Blaubuches in Betreff der dänischen Angelegenheit ist erschienen. Diese Fortsetzung umfaßt die Korrespondenzstücke der beiden letzten Monate bezüglich des Uebergangs der Truppen der deutschen Großmächte über die Eider und Schley, des Aufgebens des Dammerwerkes, des Angriffs von Düppel und des Einmarsches in Jütland; ferner bezüglich der Konferenzen. Die vorgelegten Korrespondenzstücke reichen bis in die letzte Woche des Monats März.

Konstantinopel, 26. März. Fürst Couza hat das Schreiben des Großveziers mit der Erklärung beantwortet, er wolle sich in Betreff der Klosterfrage, falls die von der Bukarester Kammer votirte Entscheidung nicht genüge, der Entscheidung einer Konferenz unterwerfen. Die Rüstungen seien durch den unsicheren Zustand Europa's hervorgerufen und thut den unterwürfigen Gefinnungen gegen die Pforte keinen Abbruch.

Gestern wurde in Pera auf Veranlassung der russischen Gesandtschaft und mit Assistenz türkischer Polizei ein polnischer politischer Flüchtling verhaftet. Die Schritte der französischen Gesandtschaft für dessen Freilassung waren bisher erfolglos.

Athen, 26. März. Das neue Ministerium hat eine Proklamation an das Volk erlassen. Ein meuterisches Bataillon in Missolonghi wurde aufgelöst. Die Uebergabe der jonischen Inseln soll am 28. April erfolgen.

New-York, 23. März. Man erwartet einen Angriff der Potomac-Armee durch General Lee und einen Angriff der Konföderirten auf Norfolk. Ein dem „Regalantuomo“ gleichendes Schiff wurde am 10. Zänner gesehen, gab aber keine Nothsignale.

Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach, 2. April. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 10 Wagen mit Getreide, 20 Wagen mit Heu und Stroh, 42 Wagen und 5 Schiffe mit Holz, und 165 Mezen Erbsäpel.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. 5.22 (Magazin-Preis fl. 5.66); Korn fl. 3.— (Mg. Pr. fl. 3.55); Gerste fl. 2.65 (Mg. Pr. fl. 3.15); Hafer fl. 2.30 (Mg. Pr. fl. 2.47); Halbrucht fl. —.— (Mg. Pr. fl. 4.10); Heiden fl. 2.66 (Mg. Pr. fl. 2.77); Hirse fl. 2.90 (Mg. Pr. fl. 3.12); Ruckung fl. 3.10 (Mg. Pr. fl. 3.63); Erdäpfel fl. 1.80 (Mg. Pr. fl. —.—); Linsen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —.—); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —.—); Fischen fl. 4.60 (Mg. Pr. fl. —.—); Rindschmalz pr. Pfund kr. 55, Schweinschmalz kr. 39; Speck, frisch kr. 27, detto geräuchert kr. 38; Butter kr. 50; Eier pr. Stück kr. 1 1/2; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18—22, Kalbfleisch kr. 18—20, Schweinefleisch kr. 20—24, Schöpfenfleisch kr. —; Hühner pr. Stück kr. 40, Tauben kr. 14; Heu pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.60, Stroh kr. 75—90; Holz, hartes 30', pr. Klafter fl. 8.50, detto weiches fl. 6.50; Wein (Mg. Pr.) rother und weißer, pr. Eimer fl. 11 bis 15.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Banberg in Laibach.

Börsenbericht.

Die Börse zeigte auch heute eine große Festigkeit. Von Staatspapieren haben 5prozentige Convertirte und neue Prämiencheine, von Industrie-Gesellschaften die Aktien der anglo-österreichischen Bank die meiste Aufbesserung erfahren. Fremde Valuten waren sehr viel und um 1/2% billiger als gestern offerirt. Geld sehr flüssig.

Table with multiple columns: Öffentliche Schuld (A. des Staates, B. der Kronländer), Aktien (Nationalbank, Kredit-Anstalt, etc.), Pfandbriefe, Wechsel, Cours der Geldsorten. Includes various interest rates and prices for different financial instruments.

Lottoziehung vom 2. April. Wien: 28 40 17 47 90

Fremden-Anzeige.

Den 1. April. Stadt Wien. Die Herren: Mayer Handlungsreisender; Guinaagl, Kaufmann, und Kierl, Handelsmann, von Wien. — Urbantschitsch, Gutbesitzer, von Thurn. — Klementschitsch, k. k. Beamte, und Frau Haus, Postmeisters-Gattin, von Gottsche. Elephant. Die Herren: Hummel, Kaufmann, von Triest. — Weber, Direktor, von Pankovatsch. — Logar, Theolog, von Görz. — Kollmann, Handlungsreisender, von Wien. Kaiserlicher Hof. Herr Kieß, Lehrer, von Sager. Mohren. Die Herren: Moser, Kaufmann, von Augsburg. — Schmidt, Wärfenfabrikant, von Graz. Sternwarte. Herr Bosch, Bezirks-Arzt, von Srijenberg. Den 2. April. Stadt Wien. Die Herren: Lenasi, Speditur, von Görz. — Steger, Handelsmann, aus Valera. — Loppelletti, Handelsmann, von Triest. — Kleinschlag, Handelsmann, von Graz.

Elephant. Die Herren: W. Pfeil und Dolenz, Handelsleute; Jagoditsch, Kaufmann; Zebul, Agent; Benussi, Ganutti und de Tangi, von Triest. — Vielich von Drelich. — Falschinski von Roggitz. — Bernhard, Photograph, von Griturt. — Desfranceschi, Rechnungs Rath, von Agrum. — Wagner, k. k. Hauptmann, von Venedig. — Verenger, Maschineninspektor, von Wien. Wilder Mann. Frau Amalie Götz von Marburg. Mohren. Die Herren: Baron Gallandstein, k. k. Militärbeamte, von Venedig. — v. Mataschowski, k. k. Lieutenant. — Frau Theresia Schulz, Hausbesitzerin, von Steinbrück. Den 3. April. Stadt Wien. Die Herren: Kofail, Lehrer, von Gottscheer. — Gladitsch, Privat, von Lichtenbach. — Stampfel, Privat, von Göttenig. — Staudacher, Privat, von Reichau. — Frau Jasenbüchel, Realitätenbesitzerin, von Gombitz. Elephant. Die Herren: Dgrinz, Bezirksvorsteher, von Laas. — Lutz von Graz. — Dellek, Handelsmann; Plana und Greiner, von Triest. — Duornitz von Goriza. — Groggia von Venedig. Wilder Mann. Frau v. Norden, Photographin, von Wien. Mohren. Die Herren: Rosento aus Italien. — Wamwarth, Eisenbahnbeamter, von Marburg.

(624-2) Feuerlöschheimer bester Qualität von Eisenblech, lackirt, sind in der Eisenhandlung Sp. & V. Pessiak, Theatergasse Nr. 42 zu Laibach à 1 fl 10 kr. zu haben.

(622-2) Aviso. Eine leichte, elegante, halbgedeckte, zweifelhafte Kalesche, sehr wenig überfahren, ist zu verkaufen. Nähere Auskunft: Klagenfurter Strasse Nr. 91, im 2. Stock.

(607-3) Das Haus-Nr. 68 am Klaus in Stein, mit der herrlichsten Fernsicht, in sehr gutem Bauzustande, mit einem Garten, ist unter sehr billigen Zahlungsbedingungen zu verkaufen. Nähere Auskünfte bei Herrn Ignaz Fajenz, Bezirksbeamten in Stein.

Wohnungen,

groß und klein, mit oder ohne Stallung, sind im großen Wohngebäude der Patbacher Zucker-Raffinerie zu vermieten und sogleich zu beziehen. Nähere Auskunft ertheilt der Hausmeister.

(617-3) Im Hause Nr. 178 in der Stadt, deutsche Gasse, ist für Georgi 1864 eine Wohnung von 3 Zimmern und Holzlege zu vergeben. Näheres im 1. Stock daselbst.

(618-3) Ein Zimmer, gassenseitig, licht, möblirt, ist am Hauptplatz im Hause Nr. 3 im 3. Stock sogleich zu vergeben.